Preisverordnung Nr. 247.
Verordnung über die Verbraucherpreise für Speisekartoffeln der Ernte 1952,
die zur Einkellerung und Bevorratung bestimmt sind.

Vom 9. Juli 1952

Zur Unterstützung der Maßnahmen, welche die rechtzeitige und reibungslose Durchführung der Einkellerung von Speisekartoffeln und damit die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln im Winter 1952/53 durch Bevorratung sichern sollen, werden schon jetzt die Verbraucherpreise und die Bezugsbedingungen für die Einkellerungskartoffeln wie folgt bestimmt:

§ 1

Einkellerungskartoffeln im Sinne dieser Preisverordnung sind Speisekartoffeln der Ernte 1952, die die Verbraucher auf Grund ihrer Bestellung beim Einzelhandel — HO-Verkaufsläden, Konsumläden, sonstige Einzelhandelsgeschäfte — ab Verkaufsstelle in der Zeit vom 10. September bis 30. November 1952 oder auf Grund eines Lieferscheines unmittelbar vom Erzeuger ab Hof in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Oktober 1952 zum Zwecke der Bevorratung beziehen.

§ 2

(1) Der Preis für Einkellerungskartoffeln beträgt bei Abgabe an den Verbraucher in Einzelhandelsgeschäften

in Stadt und Land	9,— DM je 100 kg oder 4,50 DM je 50 kg,
-------------------	--

in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern	9,80 DM je 100 kg oder 4,90 DM je 50 kg.
---	---

(2) Die Preise verstehen sich für Nettogewicht ausschl. Sack ab Verkaufsstelle des Einzelhandels. Die Berechnung von Kleinmengenzuschlägen, z. B. bei Abgabe von Mengen unter 50 kg ist in jedem Falle unzulässig.

(3) Liefert der Einzelhandel auf Wunsch des Verbrauchers die Einkellerungskartoffeln frei Haus oder frei Keller, können neben den unter Abs. 1 bestimmten Preisen Beförderungskosten berechnet werden, welche von den Landesfinanzdirektionen — Abteilung Preisbildung — für die einzelnen Versorgungsgebiete (Stadtgebiete, ländliche Gebiete) zu begrenzen sind. Der Betrag zur Abgeltung der Beförderungskosten darf 0,60 DM je 100 kg nicht überschreiten.

§ 3

Der Einzelhandel ist, unbeschadet sonstiger Vorschriften über die Preisauszeichnung, verpflichtet, die ab Verkaufsstelle und frei Haus/frei Keller jeweils geltenden Einzelhandelsabgabepreise (Verbraucherpreise) für Einkellerungskartoffeln durch Aushang an sichtbarer Stelle in der Verkaufsstelle bekanntzugeben.

(1) Der Preis für Einkellerungskartoffeln beträgt bei Abgabe an den Verbraucher durch ablieferungs-pflichtige Erzeuger auf Grund eines Lieferscheines

7,50 DM je 100 kg oder 3,75 DM je 50 kg.

(2) Die Preise verstehen sich für Nettogewicht ausschl. Sack ab Hof des Erzeugers.

(3) Liefert der Erzeuger auf Wunsch des Verbrauchers die Einkellerungskartoffeln frei Haus oder frei Keller, können neben den unter Abs. 1 bestimmten Preisen Beförderungskosten berechnet werden.

Der Betrag zur Abgeltung der Beförderungskosten darf 0,60 DM je 100 kg nicht überschreiten.

§ 5

Die in den §§ 2 und 4 dieser Preisverordnung bestimmten Preise dürfen nur für Speisekartoffeln berechnet werden, die den geltenden Güte- und Abnahmebestimmungen entsprechen (Richtlinien 29/51 über den Handelsverkehr mit Kartoffeln vom 20. September 1951 — Mitteilungen und Anweisungen des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf Folge 5 —).

Diese Preisverordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1952

Ministerium der Finanzen

I. V.: R u m p f
Staatssekretär

Dritte Durchführungsbestimmung*
zur Verordnung vom 22. März 1951
über die Beseitigung von Tierkörpern
und Tierkörperteilen.

Vom 3. Juli 1952

Auf Grund des § 10 der Verordnung vom 22. März 1951 über die Beseitigung von Tierkörpern und Tierkörperteilen (GBl. S. 227) wird im Einvernehmen mit den zuständigen Fachministerien der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt:

§ 1

Von der Ablieferung zur unschädlichen Beseitigung von Tierkörpern und Tierkörperteilen an die Tierkörperbeseitigungsanstalten (TKBA) nach § 1 der Verordnung und § 1 Abs. 1 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 10. Mai 1951 (GBl. S. 417) dieser Verordnung sind die Mengen ausgenommen, welche in rohem Zustande von den zuständigen Tierärzten der Schlachthöfe für Futterzwecke freigegeben werden.

§ 2

Die Spalte 6 der Ablieferungsbescheinigung über Tierkörper und Tierkörperteile nach § 3 Abs. 3 der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 10. Oktober 1951 (GBl. S. 919) ist wie folgt zu erweitern:

„Ursache der Verendung und der evtl. Nicht-enthäutung“.

§ 3

Bleibt der Gesamtwert der Haut eines abgelieferten Tieres unter dem Preis von 1,— DM, erfolgt keine Bezahlung nach § 5 Abs. 2 der Verordnung.

§ 4

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. Juli 1952

Staatssekretariat
für Nahrungs- und Genußmittel

A l b r e c h t
Staatssekretär

* 2. Durchfb. (GBl. 1951 S. 919).